

Steuerwettbewerb nützt allen

«Wir dürfen uns nicht hinter Schutzwällen verkriechen, sondern müssen uns den Herausforderungen des Wettbewerbs stellen.»

– Alan Greenspan



*Von Nationalrat Gerold Bühler
Präsident Economiesuisse*

Offene Märkte, Wettbewerb und attraktive Steuern sind unverzichtbare Pfeiler für die Stärkung der Produktivität, der Konkurrenzfähigkeit und des Wohlstands. Diese Zusammenhänge treten in internationalen Vergleichen offenkundig zutage. Allen verführerischen Versprechungen zum Trotz haben sich Beeinträchtigungen des Wettbewerbs – auch des Steuerwettbewerbs – nie gelohnt. Eine nationalistische Industriepolitik, wie sie beispielsweise zwischen Berlin und Paris ausgetragen wird, ist kein taugliches Rezept. Die Folgeschäden einer wettbewerbsfeindlichen und Anreize unterbindenden Politik sind in den jeweiligen Ländern klar zu erkennen.

Steuerpolitische Musterschüler und Hochsteuerländer

Gerade ein Blick auf die Wirtschaftsentwicklung seit den 80er Jahren zeigt einen erheblichen Wachstumsgraben zwischen den steuerpolitischen Musterschülern und den sich abschottenden Hochsteuerländern. Nur so ist bei-

spielsweise der Aufstieg Irlands oder Grossbritanniens, im Gegensatz zur mageren Entwicklung mancher kontinentaleuropäischer Länder, zu erklären. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch unter den Schweizer Kantonen. Finanzpolitischer Schlendrian mit einer steigenden Steuerspirale ist für die Bevölkerung früher oder später mit erheblichen Nachteilen verbunden.

All diesen Beispielen zum Trotz gerät der Steuerwettbewerb politisch immer wieder unter Druck. Steuerhochländer und etatistische Ideologen sehen darin eine gefährliche Entwicklung. Ein Zusammenhang mit dem Wachstum wird bestritten. Mit dem Begriff des «Race to the bottom» wird die Angst eines mehr und mehr ausgehungerten Staates an die Wand gemalt. Schliesslich wird aber auch moniert, der steuerliche Konkurrenzdruck arbeite nur zugunsten der höheren Einkommen. Aus all diesen Überlegungen wird stets von neuem das Allheilmittel der Steuerharmonisierung gepredigt.

Föderalismus und kantonale Steuerhoheit

Der Föderalismus, verbunden mit der kantonalen Steuerhoheit, bildet ein elementares Wesensmerkmal der schweizerischen Staatsordnung. Man kann es drehen und wenden, wie man will, jede Absage an den Steuerwettbewerb greift ans Mark des Föderalismus. Die Eigenverantwortung der Gebietskörperschaften würde mehr und mehr aufgeweicht. Darüber hinaus käme der Wille zur Innovation sowie zur optimalen Erbringung der öffentlichen Dienstleistungen zum Stocken. Nebst diesen ökonomischen Elementen würde mit einer Steuerharmonisierung letztlich aber auch vermehrt in die politische Gestaltungsmöglichkeit der Kantone eingegriffen.

Allein schon die Tatsache, dass sich immer mehr Staaten der EU dem Steuerwettbewerb stellen, belegt dessen

wachstumspolitische Relevanz. Länder mit einer hohen Fiskalquote und Reglementierungsdichte werden es mit Blick auf die Globalisierung der Märkte in Zukunft noch schwerer haben als bisher. Wer sich aus kurzfristiger Optik diesem Wettbewerb entziehen will und die Bewegungsfreiheit einengt, wird daher früher oder später um Wohlstandseinbussen nicht herumkommen.

Alle Einkommensschichten profitieren von Steuersenkungen

Auch das vielzitierte Aushungern des Staates als Folge des Steuerwettbewerbs ist in keiner Weise eingetreten. Im Gegenteil, steuerliche Attraktivität hat über Multiplikatoreffekte die öffentlichen Haushalte zusätzlich alimentiert. Die Einnahmen waren in der Regel in den steuergünstigen Ländern beträchtlich höher als in den weniger kompetitiven Staaten. Auch der sozialpolitische Einwand, wonach Steuersenkungen nur einzelnen höheren Einkommenskategorien zugute kämen, schießt ins Leere. Im Gegenteil, gerade die attraktiven Kantone konnten die Steuersätze für die unteren und mittleren Einkommen wesentlich stärker senken. Mit Blick auf das grosse Gewicht einzelner steuerkräftiger Personen und Firmen ist dies eigentlich nachvollziehbar.

Keine Alternative zum Wettbewerb, auch bei den Steuern

Steuerwettbewerb ist sowohl mit Blick auf die Ausgabendisziplin als auch auf die daraus resultierenden Wachstumseffekte positiv zu beurteilen. Die Verpflichtung zugunsten eines attraktiven Wirtschaftsstandorts und einer hohen allgemeinen Wohlfahrt lassen keine Alternative zum Prinzip des Wettbewerbs zu. Wer daher die Landesinteressen und nicht die Ideologie in den Vordergrund stellt, sollte auch hier dem Wettbewerb und dem Willen zur Innovation das Wort reden. ●